

**SPERRFRIST 15.11.2018, 19.00 Uhr**

**Es gilt das gesprochene Wort.**

**Hermann Kesten-Förderpreis des deutschen PEN-Zentrums, 15.11.18 in Darmstadt**

LAUDATIO auf die Onlineplattform „Direkt36“ von Cathrin Kahlweit

Es ist noch nicht sehr lange her, dass Preise an Journalisten verliehen wurden, die besonders eingängig und poetisch über ein besonders stark befahrenes Stück Autobahn oder über die Renaturierung einer Flusslandschaft geschrieben haben. Kollegen wurden ausgezeichnet, denen sich die Mächtigen dieser Welt geöffnet hatten, die Politiker in ihrem Menschsein zeigten. New Journalism im 20. Jahrhundert – das waren literarische Reportagen oder dass, was Marie-Luise Scherer mal „Silbenarbeit“ genannt hat. Im Rückblick war das ein erstaunlicher Luxus.

Denn die Grundlagen des journalistischen Arbeitens haben sich dramatisch geändert. Auch mitten in Europa. Medien, die ihren demokratischen Auftrag ernst nehmen, stehen vor dem Niedergang, weil sie keine Leser mehr finden. Ihre Stimme wird in einem globalen Meer von Information und Desinformation nicht mehr gehört, oft soll sie auch nicht mehr gehört werden. Putins Trollfabriken sind dafür nur das sinnfälligste Beispiel.

Manche Medien gehen ein, manche unterwerfen sich, manche werden unterworfen. Heute dreht sich in Verlagshäusern und Fernsehanstalten, bei Bloggern und Online-Webseiten sehr viel ums Geld, um Auflagen, um neue Digitalkonzepte, um Kunden und Paywalls. Aber weit wichtiger und existenziell bedrohlicher ist das neue, sehr viel schwierigere Verhältnis zur Macht, deren Selbstverständnis und Selbstvergessenheit – und die Frage danach, was Medien sollen, und was sie dürfen.

Wenn ein amerikanischer Präsident einen Gouverneur dafür lobt, dass der einen Journalisten angegriffen hat, dann kann man darüber, vielleicht, noch den Kopf schütteln. Wenn sich die US-Presse genötigt sieht, sich gegen den US-Präsidenten mit einer Kampagne zur Wehr zu setzen, die im Kern nichts anderes sagt, als: Wir versuchen nur, im Rahmen der Verfassung unseren Job zu tun, dann kann man das großartig, aber irgendwie auch kurios finden. Nur: Wir sind in Europa schon längst dort, wo die Amerikaner sich jetzt wiederfinden. Wir haben es nur zu lange nicht bemerkt. Die Opfer in unserer Nähe heißen Daphne Caruana Galizia, Ján Kuciak und mutmaßlich auch Wiktorija Marinowa, so wie sie vor einem Jahrzehnt, gar nicht weit von uns entfernt, Anna Politkowskaja oder Pawel Klebnikov hießen. Sie waren investigative Journalisten, und sie waren den Mächtigen zu nahe gekommen.

Der Journalismus des 21. Jahrhunderts, der diesen Namen verdient, hat sich, nicht nur in Europa, zwangsläufig auf das Investigative verlagert. Denn die Tiefenrecherche in Korruption, Gewalt und die Arroganz der Macht ist mittlerweile nicht nur ökonomisches Überlebensprinzip, sondern auch zum Mittel der Selbstverteidigung geworden. Warum? Ich möchte das am Beispiel Ungarns erklären.

Viktor Orbán nennt Ungarn eine „illiberale Demokratie“, und viele Politik-Experten und Journalisten übernehmen diesen Begriff, so wie sie vor Jahren, fast dankbar, weil es so schön pragmatisch klang, Putins Spin von der gelenkten Demokratie übernommen haben oder den vom „ukrainischen Bürgerkrieg“ (aber das ist ein anderes Thema).

Ich habe mich dem Begriff der illiberalen Demokratie immer verweigert, denn sie ist ein Widerspruch in sich selbst. Zu einer Demokratie gehören die Freiheit von Repression, gehören Toleranz und die Lust an der Aufklärung. Zur Demokratie gehört auch, so banal das klingen mag, die Freiheit des Wortes. Die illiberale Demokratie hingegen, auf die Viktor Orbán so stolz ist, dass er sie, horrible dictu, als Vorbild für Europa preist, gilt der OSZE zwar – noch – als frei, aber nicht mehr als fair. „Die exzessiven Ausgaben der Regierung für Anzeigen, die die Wahlkampfaußagen der Regierungskoalition verstärken, haben die Chancen der Herausforderer auf einen

Wettbewerb auf gleicher Basis untergraben“, heißt es im Bericht der Wahlbeobachter zur Parlamentswahl in Ungarn 2018. „Der Zugang zu Informationen war ebenso beschnitten wie die Presse- und Vereinigungsfreiheit“. Und: „Die einschüchternde und fremdenfeindliche Rhetorik und voreingenommene Medien“ hätten die politische Debatte behindert.

Voreingenommene Medien? Das ist eine freundliche Formulierung für eine Gesellschaft, die von Fidesz und einer Clique von Orbán-Freunden und Profiteuren in Geiselschaft genommen wurde. Freedom House, die Bertelsmann Stiftung, die Weltbank, Transparency International nennen Ungarn unter Orbán ein „hybrides politisches System“, in dem die Machtkonzentration „außergewöhnlich“ sei. Und tatsächlich; Fidesz dominiert nicht nur Legislative, Exekutive und Teile der Judikative, sondern alle Sphären des gesellschaftlichen Lebens, die Wirtschaft, die Bildung, Kunst, Kirchen, sogar den Sport. Überall hat die Partei ihre Leute eingesetzt. In der Verfassung, im Alltag hat sie mit dem Gewicht ihrer parlamentarischen Zweidrittelmehrheit und ihrer hemmungslosen Propaganda das Leben grundlegend verändert. László Kövér, Parlamentspräsident, sagte vor der Wahl 2018: „Wir haben das Land neu aufgebaut, vom Keller bis zum Dach. Und wenn wir nochmal vier Jahren regieren, werden einige der Veränderungen, die wir erreicht haben, unabänderlich sein – nicht nur in Ungarn, sondern, durch unser Beispiel, eines Tages in ganz Europa.“

Hier nun kommt Direkt36 ins Spiel.

Denn Teile der ungarischen Gesellschaft, allen voran die Medien, funktionieren wie Außenposten dieses Systems – und zugleich als ihre Stützen. Aber zum Glück nicht alle.

Orbán hat für sich und die seinen – seine Familie, seine Freunde, seine langjährigen Unterstützer, seine Finanziere – ein Medien-Imperium geschaffen. Am Anfang standen ein neues Mediengesetz, die Konzentration öffentlich-rechtlicher Dienste, auf Linie gebrachte Nachrichtenredaktionen, die ohne jede Scham Fake News produzierten. Dazu kamen der Entzug von Sendelizenzen, hohe Reklamesteuern, Hinterzimmerdeals, die Schließung kritischer Blätter, die zuvor von Fidesz-Freunden aufgekauft worden waren. Das aktuelle Portfolio schließt mittlerweile sechs staatliche Fernsehsender und fünf staatliche Rundfunksender ein, alle 18 Regionalzeitungen, den zweitgrößten kommerziellen Fernsehsender und die zweitgrößte Nachrichtenwebseite, das einzige nationale, kommerzielle Radio, die einzige Sportzeitung, die einzige Nachrichtenagentur, MTI, und zahlreiche Boulevardmedien. Andere Blätter und Webseiten sind vorsichtig und unkritisch, damit sie überleben können. Oligarchen werben nicht dort, wo man nicht nett zur Partei ist.

Die meisten ungarischen Medien gehören nicht Orbán oder der Partei, sondern Freunden von ihm oder der Partei. Seinem langjährigen Fahrersmann und Bürgermeister seines Heimatdorfs, Lőrinc Mészáros, oder den Frauen, Söhnen, Bankern von Fidesz-Politikern. Sie alle leben gut von staatlicher Werbung, viele Blätter sind zudem billig oder gar kostenlos, damit die Ungarn wenig bis nichts dafür zahlen müssen, dass sie erfahren dürfen, dass der ungarisch-stämmige jüdische Millionär George Soros vorhat, das Land zu übernehmen, mit Muslimen zu überfluten, und es umzukrempeln in ein Flüchtlingsheim von Europas Gnaden. 250 Millionen Dollar wurden allein für Flugblätter, Plakatwände, Massenbriefe und Fernsehwerbung für die Staats-Aktion „Stoppt Soros“ ausgegeben.

Die vom Staat organisierte Presse zeichnet den Westen als apokalyptischen Ort, wo Immigranten eine permanente Bedrohung darstellen, der Rechtsstaat zusammengebrochen ist und die Hysterie der politischen Korrektheit jede freie Rede abwürgt. Figyelő zum Beispiel, eine regierungsnaher Wochenzeitung, gehört einer antisemitisch eingestellten Regierungsangestellten, das Blatt lebt zu 70 Prozent von Staatsanzeigen, und Figyelő publiziert regelmäßig schwarze Listen. Von regierungsfeindlichen Journalisten, von Soros-Söldnern, von NGO's, die von Soros finanziert werden.

Sagte ich, hier komme Direkt36 ins Spiel? Ich habe Gergő Sáling vor Jahren, ziemlich konspirativ, außerhalb von Budapest kennengelernt, in einem Park hoch über der Stadt, wo er sich treffen wollte, weil er nicht gesehen werden wollte mit einer deutschen Journalistin. Ich stand und stehe, und darauf bin ich stolz, auf einer dieser schwarzen Listen. Sáling, zu diesem Zeitpunkt bereits Ex-Chefredakteur, hatte sich gerade – offiziell im Einvernehmen – von seinem Arbeitgeber, der Nachrichtenwebseite Origo, getrennt, die in letzter Konsequenz der deutschen Telekom gehörte. Sein Freund und Stellvertreter, András Pethő, hatte zuvor mit Kollegen eine Reihe von kritischen Artikeln publiziert, die offenlegten, dass ein ungarischer Minister auf Staatskosten teuer reiste, in Nobelhotels wohnte, Freunde mitnahm. Die Herausgabe der Informationen musste gerichtlich erzwungen werden. Selbstbedienung und Arroganz der Macht, die ans Licht gezerrt werden - so etwas verzeiht dieses hermetische System nicht.

Die Eigentümerin von Origo, die ungarische Telekom, bestritt damals jeden politischen Hintergrund einer Kündigung, die gleichwohl ziemlich stark nach einer Strafaktion roch. Sáling gründete dann, gemeinsam mit mehreren Kollegen, darunter Pethő, ein Enthüllungsportal, das investigative Recherche in Reinform betreiben wollte. Direkt36 sollte die Neugründung heißen, und laut Sáling wollte man anfangs nicht mehr als etwa 25 Texte im Jahr online stellen. „Wir wollen in die Tiefe gehen. Wollen Korruption und Intransparenz in Ungarn untersuchen und aufspießen, alles im Detail dokumentieren und zusammen mit Grafikern auch optisch verständlich präsentieren.“ Genau das haben sie seither getan. Und damit Gegendruck und Gegenwehr ausgelöst. Ein hermetisches System wie das von Orbán wird nervös, wenn die Quellen des Reichtums und des Wohlbefindens gefährdet werden. Denn vor allem Geld hält die Oligarchen und die vielen kleinen Profiteure der Macht bei der Stange.

Direkt36 war, neben einigen anderen Online-Portalen wie atlatszo und 444., eine echte Nervensäge. Denn seit dem Tag, an dem Orbán und seine Partei 2010 die Wahlen gewonnen hatten, was durch das ungarische Wahlrecht und die groben Schnitzer der sozialistischen Vorgängerregierungen erleichtert wurde, hatte das eingesetzt, was diese Regierung ausmacht: es ist nicht Ideologie, die ist wohlfeil, es ist die große, hemmungslose Bereicherung. Bisher hat die endemische Korruption, mit der sich die Clique in Budapest bereichert, kaum Konsequenzen; der Politikwissenschaftler Peter Kreko nennt das „Präsenz durch Absenz“: Die Anwesenheit schwerer Fälle von nepotistisch geprägter Korruption in der politischen Elite wird durch die Abwesenheit einer Strafverfolgung erleichtert, die sie weder verfolgt noch aburteilt. Im Korruptions-Index von Transparency International ist Ungarn seit 2012 um zehn Plätze abgerutscht.

Direkt36, das sich vorwiegend durch Spenden und Crowdfunding finanziert, ist eine kleine Webseite. Sie kann die Veränderung der ungarischen Gesellschaft nicht aufhalten, sie kann nur immer wieder aufzeigen, warum und wie sich Orbán und seine Getreuen am Staatsvermögen bedienen. Alle Mitarbeiter von Direkt36 sind, natürlich, in den schwarzen Listen von Figyelő namentlich enthalten. Weil ihre Veröffentlichungen über Korruptionsaffären in Viktor Orbáns Familien- und Parteiumfeld bereits mehrmals zu Untersuchungen der ungarischen Staatsanwaltschaft und vor allem der europäischen Antikorruptionsbehörde Olaf geführt haben. Ich will Sie nicht mit Zahlen, Fakten und Namen langweilen, mit Visa-Programmen für reiche Ausländer, Fabriken, die nicht das produzierten, wofür sie subventioniert wurden, mit Laien, die plötzlich zu Großbauern oder Industriellen wurden und dafür EU-Förderungen in Millionenhöhe empfangen, mit Vergaben ohne Ausschreibung und Phantasieprojekten, mit kleinen Handwerkern, die in wenigen Jahren zu den reichsten Männern Ungarns aufschlossen, mit Orbáns Sohn und Frau, die auf wundersame Weise zu Millionären und Großgrundbesitzern wurden – aber Direkt36 hat sich überall umgeschaut. Kühl, klar, systematisch, unerschrocken. Es gab keinen einzigen Fall, in dem die akribisch recherchierenden Kollegen eines Fehlers überführt wurden. Pethő, immer sachlich und unaufgeregt, will nicht von einem Mafia-Staat sprechen. Aber dass öffentliche Gelder vorzugsweise

an Orbán- und Fidesz-nahe Geschäftsmänner fließen und diese Clan-Bereicherung, begleitet von der Einschüchterung derer, die sie aufzudecken suchen, einen „systemischen Charakter“ hat, bestätigt auch er.

Direkt36 veröffentlicht seine Recherchen auch auf Englisch. Weil in Ungarn nicht mehr viele so ganz genau wissen wollen, was die Herrschenden treiben; und weil Europa wissen soll, was in Budapest geschieht. Direkt36 arbeitet mit Kollegen aus anderen Ländern zusammen. Weil Korruption länderübergreifend ist – etwa, wenn Putins Bankiers in ungarische Atomkraftwerke investieren, oder wenn das Geld für Großprojekte in Ungarn aus Briefkastenfirmen in der Karibik stammt. Direkt36 konzentriert sich nicht nur auf Regierungsfreunde und Regierungsprofiteure, sondern auch auf Oppositionspolitiker und Wirtschaftsbosse. Weil gute Journalisten objektiv bleiben. Die Kollegen und Kolleginnen wollen eine Non-Profit-Organisation sein, die Machtmissbrauch durch faire, aber nachhaltige Recherche aufdeckt. Weil das, wie sie sagen, „lebenswichtig für eine echte Demokratie“ sei. Sie wollen nach eigener Aussage dem nationalen und internationalen Publikum Informationen anbieten, für die andere Medien weder die Expertise noch die Zeit haben. Sie wollen nicht aktuell, sondern systematisch arbeiten. All das kostet Zeit und Geld. Es bedeutet Verzicht und Demut.

Warum das so eminent wichtig ist? In Brüssel wird derzeit vom Parlament ein Verfahren nach Artikel 7 gefordert. Die EVP denkt darüber nach, Fidesz aus der Gruppe der europäischen Volksparteien auszuschließen. Die EU-Kommission überlegt, ob Ungarn im nächsten Haushalt als Strafe für seine endemische Staatskorruption und seine Verweigerung innereuropäischer Solidarität nur noch Fördermittel gegen Wohlverhalten ausgezahlt bekommt. Und ob, wegen der vielen Betrugsfälle, die Olaf aufgedeckt hat, nachdem unter anderem Rechercheure wie die von Direkt36 ihnen auf die Sprünge geholfen haben, Ungarn Fördergelder zurückzahlen muss.

Aber Viktor Orbán lässt sich nicht beeindruckt. Beikommen kann man seiner illiberalen Demokratie und seiner Zweidrittelmehrheit nurmehr, indem man den Bürgern und Wählern vorführt, wohin so viel Machtversessenheit und Machtvergessenheit führt. Das gelingt am besten, vielleicht auch einzig, mit investigativem Journalismus, mit Profis, die Bilanzen und Steuererklärungen lesen können, die der Spur des Geldes folgen und der Spur des Betrugs.

Was die Wähler vielleicht noch ertragen, weil Wahrheit so wohlfeil und Faktizität vermeintlich relativ geworden ist, das ist, wenn selbsternannte starke Männer das Volk belügen. Aber was die Wähler auf Dauer nicht mögen, das ist, wenn Politiker sich bereichern und dafür das Volk betrügen.

Das Team von Direkt36 begibt sich mit seinen Recherchen dabei vielleicht nicht täglich in physische Gefahr. Aber es verzichtet auf die Eitelkeit, die uns Journalisten in der DNA liegt. Der Druck eines Apparats, der nicht erwischt werden will, wächst täglich; allein das muss man immer aufs Neue aushalten.

Es ist eine große Leistung, was etwa meine SZ-Kollegen mit den länderübergreifenden Mega-Projekten Panama Papers und Paradise Papers auf die Beine gestellt haben. Aber investigativ zu arbeiten, Gerichte zur Herausgabe von Akten zu zwingen, Behörden zur Abgabe von Informationen, Whistleblower zur Weitergabe von Wissen – wenn ein ganzes System gebaut wurde, um Wahrheit zu unterdrücken und Freiheit zu ersticken – dazu gehört verdammt viel. In einem Medienumfeld, das von Unterwürfigkeit, Ignoranz und Lüge geprägt ist, sind die, die genau hinschauen, die nachfragen, die nicht nachgeben, die wahren Feinde der Macht. Das ist New Journalism 2018. Auf der Webseite von Direkt36 heißt es, ganz, ganz unten am Schluss: „Wir werden keine Angst haben. Weder vor einer undankbaren Aufgabe, noch vor Sisyphos-Arbeit, noch vor Drohungen oder Druck.“ Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, Danke für Ihre Unnachgiebigkeit und Ihren Mut!